

## Mitmachen erwünscht!

Seit fast vier Jahren ist die PDS Offene Liste im Essener Stadtrat und in mehreren Bezirksvertretungen aktiv. Sie war oft in der Öffentlichkeit und in den Medien präsent und hat mit vielen Anfragen und Anträgen dazu beigetragen, dass Anliegen und Forderungen der außerparlamentarischen Opposition und einzelner Einwohner/innen im Rat und in der Verwaltung Gehör fanden.

Erinnert sei an die Diskussion um die Entschädigung für Zwangsarbeiter, die zu einem Besuchsprogramm führte, die Auseinandersetzung um zwangsweise Arbeitsverpflichtungen für Sozialhilfeempfänger/innen und den Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt mittels Cross-Border-Leasing. In den letzten Monaten haben wir u.a. die Verschleuderung von Geldern auf Zeche Zollverein angeprangert.

Essen braucht auch in den kommenden Jahren eine linke Opposition im Rat und in den Bezirksvertretungen. Wir werden zu den Kommunalwahlen 2004 wieder antreten und möchten dazu noch mehr Menschen in unsere Arbeit einbeziehen. Die Verteidigung und der Ausbau kommunaler Mandate sollte ein Anliegen der Essener Linken sein – für ein soziales und solidarisches Essen.

Deshalb machen Sie mit! Werden Sie aktiv und diskutieren Sie mit uns die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms, an dem zur Zeit gearbeitet wird, die Kandidatur und die weitere Arbeit. Näheres wollen wir auf der Veranstaltung in der Reihe „Forum linke Kommunalpolitik“ diskutieren, zu der Sie herzlich willkommen sind!

**Forum linke Kommunalpolitik  
Die Linke und die Kommunalwahl  
2004**

**Essen braucht die PDS Offene Liste  
Mittwoch, 4. Februar 2004,  
19.30 Uhr**

**Zeche Carl, Essen-Altenessen,  
Wilhelm-Nieswandt-Allee 100**

## 100 Mio. Euro, die keiner will

### Extra-Investitionen im Wohnungsbau unterstützen

Auf der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung am 15.1.2004 stellen zehn Essener Wohnungsunternehmen, darunter Allbau, GEWOBAU, LEG NRW und andere, eine Studie zur Wohnungssituation in Essen vor. Sie geht davon aus, dass im Jahre 2015 etwa 30.000 Wohnungen in Essen leer stehen werden. Die Studie zeigt die zum Teil miserable Wohnungssituation in einigen Stadtteilen auf. Schlussfolgernd daraus und aus der bekannten Abwanderungssituation von Mieter/innen wegen ungünstiger Wohnsituation bieten die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt Essen eine Zusatzinvestition von 100 Millionen Euro an, zusätzlich zu ihren jährlichen Investitionen von 150 Millionen Euro. Die Investitionen sollen vorrangig in den Stadtteilen Vogelheim, Altenessen, Altendorf und Margarethenhöhe – also vor allem in Problemgebieten – zum tragen kommen. Von der Stadt wird die Moderation des Gesamtprozesses eingefordert und die Schaffung von Bedingungen, dass die 100 Millionen effektiv, sinnvoll und natürlich sicher für die Investoren, für

die Zukunft der Stadt Essen eingesetzt werden können.

Die Reaktion der CDU und SPD-Vertreter im Ausschuss verwunderte die anwesende Öffentlichkeit und Presse über alle Maßen. Sie überschlugen sich förmlich, davor zu warnen, die Stadt „schlecht zu reden“. Ein CDU-Ausschussmitglied kommt sich nach der Vorstellung der Studie sogar wie auf einer „Verkaufsfahrt“ vor, wo ihm irgend etwas angedreht werden soll. Planungs- und Baudezernent Best sagte „großzügig“ ein städtisches Gutachten zum Wohnen zu – das aber frühestens im Herbst 2004 fertig ist. Na danke Herr Best! Das Wort Ignoranz ist für eine derartige Reaktion auf das Angebot noch geschmeichelt.

Man lasse sich das alles mal auf der Zunge zergehen. Jeder Investor von 100 Millionen Euro für die Verbesserung der Wohnsituation würde anderswo mit Kuschhand empfangen – anders in Essen, hier scheinen die Uhren anders zu ticken. In der gerade veröffentlichten Elternumfrage hat in den Bezirken I Innenstadt (58 %) und III Essen-West (57 %) eine deutliche Mehrheit der Befrag-

**Fassadenneugestaltung: Ein von Vermietern wie Mietern gern gesehenes Projekt für den „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ Essen-Altendorf. In vielen Stadtteilen muss dringend etwas zur Wohnumfeldverbesserung getan werden.  
(Foto: Stadtteilprojekt)**

**D**er Krimi auf Zollverein lief in den letzten Wochen auf Hochtouren. Fast jede Woche kamen neue Skandale und Skändälchen an die Öffentlichkeit. EGZ-Geschäftsführer Roters, wirft Prof. Zec, der die Design-Weltausstellung vorbereiten soll, überzogene Spesenabrechnungen vor. Dieser revanchiert sich mit der Feststellung, er werde in seiner Arbeit behindert, weil die EGZ z.B. den Markennamen „Entry“ immer noch nicht gekauft habe. Dass es auf Zollverein offensichtlich drunter und drüber geht, legt auch das Ergebnis einer Prüfung nahe, nach der von der EGZ bei Aufträgen in Höhe von 1,5 Mio. Euro die Vergaberichtlinien nicht eingehalten wurden. Auch die Stimmen in der Öffentlichkeit wurden immer kritischer (s. Kasten).

Wer nun meinte, der Aufsichtsrat hätte am 23.1.2004 wirksame Konsequenzen gezogen – weit gefehlt. Der grüne Bauminister Vesper hielt weiter seine Hand über Herrn Roters, was aus der Sache heraus schon lange nicht mehr zu erklären ist. Im Ergebnis der Aufsichtsratssitzung soll nun ein Lenkungsausschuss Zollverein gebildet

#### Fortsetzung von Seite 1

ten gesagt, dass sie dringend umziehen will. An erster Stelle der Gründe für Umzugswünsche steht die Wohnungsgröße, in fast allen Stadtbezirken dicht gefolgt vom Wohnumfeld, der Verkehrssicherheit und der Qualität von Grün- und Freiflächen – genau die Punkte, die die Wohnungsbaugesellschaften angehen wollen.

Die PDS ist dafür, die Absicht der Wohnungsbaugesellschaften aufzugreifen und zu unterstützen, wobei sicherlich Einzelheiten diskutiert werden müssen. Wir sind z.B. gegen „Luxussanierungen“ mit anschließenden Mieterhöhungen. Eine rasche Prüfung der Kooperations-Vorschläge ist jedoch das Mindeste, wobei auch die Bezirksvertretungen einbezogen werden könnten und sollten. Für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung III hat PDS-Vertreter Wolfgang Freye einen entsprechenden Antrag bereits vorgelegt.

Dabei ist es eigentlich besonders bemerkenswert, dass die überwiegend privaten Wohnungsbaugesellschaften der Verwaltung und den politischen Gremien entscheidende Funktionen einräumen wollen. Was wollen die Nein-Sager eigentlich noch mehr?

Hans-Jürgen Schwartz

# Drunter und drüber auf Zollverein

## Aufsichtsrat der EGZ scheut weitere wirkungsvolle Konsequenzen

werden, der die Aufgaben der EGZ übernehmen soll, statt die Geschäftsführung der EGZ abzulösen. Hanns-Jürgen Brauser, der Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH soll auf Zollverein als starker Mann installiert werden.

### Bock zum Gärtner gemacht?

Da muss sich fragen, ob mit Brauser nicht der Bock zum Gärtner gemacht wird. Im Aufsichtsrat der EGZ saß er ohnehin schon. Und mit Vergabeverstößen dürfte er sich auskennen: Auf 28 Verstöße im Bereich des Vergaberechtes bei der Projekt Ruhr GmbH wies der Jahresbericht 2003 des Landesrechnungshofes hin. Die CDU-Landtagsfraktion setzte die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses durch, der u.a. die „Missstände und Mängel bei der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung“ aufklären soll und noch längst nicht abgeschlossen ist. Michael Breuer, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Haushaltskontrolle stellte in einer Pressemitteilung vom 15.6.2003 fest: „Die Vorgänge um die Projekt Ruhr stinken zum Himmel.“ Um so verwunderlicher, dass Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU) die Berufung Brauser offensichtlich mitträgt.

### Externe Prüfung nötig

Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet augenscheinlich der Aufsichtsrat trotz

aller Turbulenzen auf Zollverein die Durchführung eines externen Soll-/Ist-Abgleichs. Der geplante Lenkungsausschuss Zollverein ist zwar ein vernünftiger Ansatz, der zu dem von der Initiativegruppe INIT-Z vorgeschlagenen Zollverein-Konsens ausgebaut werden könnte. Wenn er jedoch nur dazu führt, dass besser hinter verschlossenen Türen agiert werden kann, hat er sein Ziel verfehlt.

Die PDS-Ratsgruppe hält dagegen an ihrer Forderung nach Ablösung der Geschäftsführung der EGZ sowie einem „Kassensturz“ durch externe Experten fest. Für die Januar-Ratssitzung hat die PDS-Ratsgruppe deshalb eine Überprüfung der EGZ durch das Rechnungsprüfungsamt beantragt. Eine solche Überprüfung ist auch nach der Aufsichtsratssitzung wichtig. Es ist auch für städtische Beteiligungen zuständig, und die Stadt Essen ist zu 50 % an der EGZ beteiligt.

Wer das Projekt, Zeche Zollverein als Weltkulturerbe mit neuem Leben zu füllen und so seinen dauerhaften Bestand zu sichern Ernst meint, der muss handeln und die vielen Ungereimtheiten schonungslos aufklären. Die Folgen eines Scheiterns des Projektes wären für Essen und für das Land NRW groß, die Zeche zu zahlen hätten letztendlich die Steuerzahler. Der Versuch, die Probleme weiter auszusitzen, wird zu keiner Lösung führen.

Gabriele Giesecke

### Pressestimmen zu Zollverein

*Ein Flaggschiff mit Schlagseite: Unterm Strich ist genau dieses fehlende Gespür für die Verhältnismäßigkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln der eigentliche Skandal, der sich wie ein Schatten über Zollverein legt. Bis zum Jahr 2005 sollen 110 Millionen Euro in das Weltkulturerbe fließen, und offenbar muss man den Verantwortlichen mal wieder deutlich machen, dass es Steuergelder sind, die hier ausgegeben werden. (NRZ, 17.1.2004)*

*Zollverein – die Schlammschlacht: Diese andauernden Personalquerelen zwischen Roters und Zec sind höchst peinlich, sie belegen einen Dilettantismus, der kaum zu überbieten ist. Das muss ein Ende haben ... Es geht nicht mehr*

*um die Köpfe von Roters und Zec, es geht um das Weltkulturerbe und seine erfolgreiche Zukunft. Dies muss das Ziel sein - mit Zec und Roters oder ohne sie. (WAZ, 16.1.2004)*

*Zoff auf Zollverein: Aufgrund dieses Streits brachen jetzt SPD und PDS den Essener Parteienkonsens und forderten „personelle Konsequenzen in der Führung der EGZ“ SPD - „Roters muß weg“ (PDS) ... „Doch letzten Endes“, urteilt Essens Kulturdezernent und Mitglied des EGZ-Aussichtsrates Oliver Scheytt, „hat Minister Vesper den Großteil der Verantwortung für das, was hier passiert“ - Oder sollte man besser sagen, für das, was hier nicht passiert? („Welt am Sonntag“, 18.1.2004)*

---

### BEZIRKSVERTRETUNG III

---

#### Ungereimtes bei Nöggerathbad-Bebauung

Abgelehnt hat die Bezirksvertretung III Essen-West schon im November letzten Jahres die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung für das Gelände des ehemaligen Nöggerathbades. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS bekräftigte die Bezirksvertretung auch ein weiteres Mal die Forderung nach einer Wiedereröffnung des Nöggerathbades. Die Schließung dieses Bades war eine der größten „Sünden“ der CDU-FDP-Ratsmehrheit der letzten Jahre. Und obwohl die Verwaltung ihre eigene Planung lobte, blieben auch im Konkreten etliche Ungereimtheiten.

So hat auch der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde darauf hingewiesen, dass die Abwasserproblematik unzureichend gelöst ist. Der Boden des Geländes ist teilweise so mit Altlasten verseucht, dass der Bau eines Spielplatzes nicht möglich ist. Als Unverfrorenheit kann man es nur noch bezeichnen, wenn sich folgende Aussage in der Verwaltungsvorlage findet: „Für Altendorf als ‚Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ werden mit der Umsetzung des Bebauungsplanes aufgrund der Etablierung einer durchgehenden Grünachse und der Ermöglichung von Wohneigentumsmaßnahmen wichtige Impulse für den Stadtteil erwartet.“ Schließlich geht es um die Versiegelung einer der letzten Grünflächen in Altendorf von immerhin 4,3 Hektar.

Die fast 200 Einsprüche und Anregungen gegen die Planungen – eine absolute Rekordzahl – sollen vom Rat in der Sitzung am 28.1.2004 dennoch vom Tisch gewischt werden. Dass das Geld für den Verkauf der Baugrundstücke, das eigentlich für die Sanierung der Oase und des Freizeitbades Hesse eingesetzt werden sollte, noch lange nicht fließt, ist eine weitere, traurige Seite der CDU-FDP-Bäderschließungsaktion. Im Gegenteil, allein für die Erschließung der Grundstücke und die Errichtung des Grünflächen zwischen den Grundstücken kommen erst einmal 998.500 Kosten auf den städtischen Haushalt zu. wof

---

### ORDNUNGS-AUSSCHUSS

---

#### Verkaufsoffene Sonntage streichen!

Ausdrücklich begrüßt hat die PDS-

Gruppe die Entscheidung der CDU-Ratsfraktion, den Antrag der Essener Marketing-Gesellschaft (EMG) für vier verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt abzulehnen. Gerade die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Kaufhauskonzernen und Ladenketten sind durch die samstags auf 20.00 Uhr ausgedehnten Ladenöffnungszeiten schon unzumutbar belastet. Auch die Entscheidung der Partei mit dem „C“ im Namen, die Eröffnung des Weihnachtsmarktes hinter Totensonntag zu schieben statt die Weihnachtseinkaufs-Zeit und damit auch die Belastungen künstlich zu verlängern, war längst überfällig.

„Offensichtlich sind Wahljahre in mancher Hinsicht ganz nützlich,“ so PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Die Betriebsräte der großen Kaufhäuser und die Gewerkschaft ver.di haben die verkaufsoffenen Sonntage in der Innenstadt abgelehnt. Die Kirchen machen seit Jahren Front gegen den viel zu frühen Beginn des Weihnachtsmarktes im November. Nur die PDS hatte diese Kritik von Anfang an deutlich unterstützt.“

Konsequent wäre es, nun auch die verkaufsoffenen Sonntage in den Stadtteilen einzudämmen. Das wird die PDS im nächsten Ordnungsausschuss ansprechen. Die Genehmigungspraxis der Stadt wurde in den letzten Jahren immer ausufernder. 2003 reichte schon ein Martinszug, obwohl dadurch die Kriterien für Ladenöffnungen am Sonntag wohl kaum erfüllt waren. wof

---

### BEZIRKSVERTRETUNG III

---

#### Bürgerbeteiligung? Um Himmels willen ...

Eine erstaunliche Kontroverse hat in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung III ein Antrag der PDS ausgelöst, bei dem es sich lediglich um einen Prüfauftrag handelte. Danach sollte die Verwaltung beauftragt werden zu prüfen, welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushaltes der Bezirksvertretung möglich sind. Insbesondere ging es um die Frage, ob sich die nach der Gemeindeordnung möglichen Einwohnerversammlungen im Bezirk oder im Stadtteil mit Schwerpunkten des Haushaltes befassen dürfen oder auch „Meinungsbilder“ zu Prioritäten erstellen dürfen. Immerhin kann die Bezirksvertretung über rund 350.000 im Jahr verfügen, darüber hinaus hat sie wichtige

Einflussmöglichkeiten auf die Rangfolge von Instandhaltungsmaßnahmen in bestimmten Bereichen usw.

Der Antrag knüpfte an der Diskussion, die es in anderen Städten z.B. um Bürgerhaushalte gibt, an. Während B. 90/Grüne ihn unterstützten, hielten CDU und SPD eine Prüfung für unnötig und mehr Bürgerbeteiligung schlicht für unmöglich. „Dann kämen wir ja zu gar keinen Entscheidungen mehr, weil ja sowieso jeder etwas anders sieht,“ so der Tenor von beiden großen Parteien.

Die PDS bestand nicht auf einer Abstimmung, sondern stellte den Antrag als Anfrage an die Verwaltung, so dass er nicht vom Tisch ist. Die Diskussion kann erneut aufgegriffen werden, wenn eine Antwort zu den rechtlichen Möglichkeiten vorliegt. Konkrete Vorschläge für mehr Beteiligung werden von der PDS jedenfalls folgen. wof

---

### TERMINE

---

#### Montag, 2. Februar

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

#### Dienstag, 4. Februar

Die Linke und die Kommunalwahl 2004 – Essen braucht die PDS Offene Liste! Veranstaltung der PDS Essen in der Reihe „Forum linke Kommunalpolitik“. 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilh.-Nieswandt-Allee 100

#### Donnerstag, 5. Februar

„Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus“. 19.00 Uhr, Internationales Zentrum, Maxstr. 11

„Que se vayan todos! – Alle sollen abhauen! Krise und Widerstand in Argentinien. Veranstalter von attac, fifa, ver.di-Erwerbslosenausschuss und Zeche Carl. 20.00 Uhr, Zeche Carl

#### Montag, 9. Februar

PDS-Ratsgruppe. 18.30Uhr, PDS-Büro

#### Mittwoch, 12. Februar

„Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“ PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

#### Montag, 16. Februar

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

#### Dienstag, 17. Februar

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.30 Uhr, Internationales Zentrum

#### Mittwoch, 18. Februar

Bündnis soziale Bewegung. 17.00 Uhr, DGB-Haus, Schützenbahn 11-13

## Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten.

Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

## Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906, www.pds-essen-im-rat.de, e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

**N**och im Dezember hat die CDU-Mehrheit im Planungsausschuss die Bebauungspläne für das Einkaufszentrum Arkaden auf dem Berliner Platz durchgeboxt – gegen den Widerstand der Oppositionsparteien und gegen Bedenken auch aus der Verwaltung, da noch einiges zu klären war. Seit Anfang Januar sind die Pläne höchstwahrscheinlich Makulatur. Nach jahrelangem zögern will Karstadt nun doch seinen Kaufhaus-Komplex am Limbecker Platz völlig zu einem eigenen Einkaufszentrum umgestalten und die Verkaufsfläche auf rund 70.000 qm verdoppeln. Selbst mfi, der kapitalkräftige Arkaden-Investor, sieht keinen Bedarf für zwei Einkaufszentren so dass die Chance groß ist, dass die Arkaden nie verwirklicht werden. Besonders nachhaltig war der Bebauungsplan wahrlich nicht ...

Für die Entwicklung des Berliner Platzes birgt das immerhin die Chance, auf die Absichten der Planungswerkstatt zurückzukommen, die kein Einkaufszentrum, sondern ein Mischgebiet mit den Schwerpunkten Wohnen, kleinere Geschäfte und Freizeit und Grünflächen wollte und Wert auf eine gute Anbindung der Universität an die Innenstadt legte. Hierzu müsste der Bebauungsplan Berliner Platz „zurückgeschrieben“ werden. Vor allem aber müsste endlich mit Wohnungsbaugesellschaften z.B. über ein Projekt „innenstadtnahes Wohnen“ am Berliner Platz verhandelt werden, was die PDS-Ratsgruppe mehrfach angeregt hat.

Doch auch die Karstadt-Pläne sind nicht einfach zum Jubeln. Der Einzelhandels-Verband äußert sich zwar verhalten positiv, weil das Karstadt-Einkaufszentrum wenigstens eine direkte Anbindung an die Innenstadt hätte. Trotzdem wird eine drastische Steigerung der Verkaufsfläche, die in etwa der Planung für die Arkaden entspricht,

## Arkaden adé ...

### Auch Karstadt-Vorhaben nicht unproblematisch

auch zu Lasten des einheimischen Einzelhandels gehen. Pleiten sind also auch bei den Karstadt-Plänen vorprogrammiert. Und selbst wenn Käuferströme von auswärts in die Essener Innenstadt zurückgeholt werden könnten: Was bringt es langfristig für die Entwicklung der Region, wenn die Konkurrenz zwischen den Städten, insbesondere zum Centro in Oberhausen und zum Rhein-Ruhr-Zentrum weiter forciert wird?

### Wenn, dann mit Architekten-Wettbewerb

Karstadt hat bisher noch keine detaillierten Pläne vorgelegt. Aber auch hier stellen sich Fragen. Die in der Presse vorgestellte erste „Ideen-Skizze“ (siehe Zeichnung) verspricht kein „leuchtender Mittelpunkt für die gesamte Region“ zu werden, wie Karstadt und der Investor ECE das Projekt großspurig ankündigen. Ohne Sinn und Verstand für Architektur sowie historisch gewachsene Raumbestände würde das zwischen den

derzeit vorhandenen Gebäuden gelegene letzte Stück der Limbecker Straße mit einer einfallslosen, halbbrunden und postmodernistischen Spiegel-Fassade geschlossen, wie sie abweisender nicht sein kann.

Wenn den bisherigen Projektsteuerelementen der Sinn und Verstand für „Metropoliten-Architektur“ fehlt, muß die Stadt Essen darauf bestehen, dass von den Projektplanern ein Architekten-Wettbewerb ausgeschrieben wird. Denn zu den Projektpartnern eines Bauvorhabens in solch exponierter Lage gehört auch die Stadt Essen als Vertreterin der Essener Einwohnerinnen und Einwohner.

Auch wenn die Bauplanung für einen Umbau des Karstadt-Komplexes schon länger beschlossen ist: Mit den städtischen Grundstücksflächen, die für die Realisierung des geplanten Projektes erforderlich sind, hat die Stadt die Möglichkeit, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

*W. Freye, H. Beger*

### Roma wollen Wohnungen

Mit einem Appell „Keine Umsiedlung in den Overhammshof!“ wollen Roma-Flüchtlinge ihre von der Verwaltung, mit Unterstützung der Ratsmehrheit erwogene Verlegung in die lagerähnliche Unterkunft Overhammshof im Essener Süden verhindern. In dem Appell, der von dem Verein C.I.A.E. Roma-Union verfasst wurde, heißt es: „Wenn die Heime, in denen wir jetzt wohnen, nicht renoviert werden können, bitten wir um Hilfe bei der Suche nach Privatwohnungen. Der Overhammshof liegt weit außerhalb und Stadt einsam auf freiem Feld und hat nur eine sehr schlechte Verkehrsanbindung. Er wirkt wie ein Lager und die Wohnungsverhältnisse sind unsozial. Wenn wir dorthin ziehen, werden alle nachbarschaftlichen Beziehungen zerstört, welche in unserem bisherigen Wohnumfeld entstanden sind. Unsere Kinder werden aus ihren jetzigen Kindergärten und Schulen herausgerissen und verlieren mit den vertrauten Mitschülern und Erziehern Freunde, die ihnen helfen, sich zu integrieren und in Essen zu Hause zu fühlen.“ Den Appell haben vor allem Roma aus den Übergangsheimen Portendiekstraße und Garnbleiche unterschrieben. Der Appell wurde vom C.I.A.E. an Sozialdezernentin Hock übersandt. Gleichzeitig bittet der Verein um ein Gespräch über die geplante Verlegung in den Overhammshof. An den bisherigen Überlegungen wurde der Verein von der Sozialverwaltung nicht beteiligt.

*Gabriele Giesecke*